

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konturs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und Gebrüder Mohr. Verantwortlich für den Heimanteil, Sport und Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. V.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 147

Freitag, den 26. Juni 1936

88. Jahrgang

Vertrauensklärung im Pariser Senat

Paris rechnet mit der Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung

Im französischen Senat erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, Henri Berenger, daß die Regierung mit der Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung rechne; er persönlich warte seit langem darauf, weil sie für den europäischen Frieden unerlässlich sei. Senator Lameray begrüßte es, daß die Regierung die Notwendigkeit einer französisch-italienischen Freundschaft unterstrichen habe. Nach einer Kritik des französisch-russischen Paktes, der Frankreich in einen Krieg mit Deutschland stürzen könne, bezweifelte Lameray die Hoffnungen, die die Regierung in eine Abklärung lege.

Nachdem Ministerpräsident Leon Blum auf einige Neuerungen geantwortet hatte, wies auch Außenminister Delbos darauf hin, daß die Regierung nach kollektiver Sicherheit strebe. Auf Deutschland übergehend erklärte er, zwischen Frankreich und dem Reich gebe es seit dem 7. März eine ernste Meinungsverschiedenheit, die sich noch durch die „intensive Aufrüstung Deutschlands, die aber niemanden bedrohe“, verschlimmert habe. Der von Deutschland begangene Fehler (?), der diese Meinungsverschiedenheiten heraufbeschworen habe, sei um so schlimmer, als es zwischen den Auffassungen der beiden Länder nichts Unvereinbares gebe. Reichkanzler Hitler habe betont, daß er keine territorialen Forderungen mehr zu stellen habe, und keines der beiden Länder dürfe sich zum Richter des Regimes im anderen aufwerfen. Frankreich könne aber nicht den Grundsatz annehmen, wonach der gegenseitige Beistand nur für gewisse Gebiete gelte. Man müsse zur Feststellung kommen, daß eine Übereinstimmung der Auffassungen, insbesondere auch hinsichtlich der Achtung vor der Unabhängigkeit aller Staaten möglich sei.

Der Senat nahm mit 185 zu 58 Stimmen eine radikal-sozialistische Vertrauensklärung für die Regierung an.

Streik auf den Marinewerften

Die Arbeiter besetzen die Werkstätten

Paris, 26. Juni. Nunmehr ist auch die französische Kriegsmarine durch die Streikbewegung in Mitleidenchaft gezogen worden. Etwa 300 Arbeiter der Werft von St. Denis bei St. Nazaire, die an Bord zweier Kreuzer und an Bord von vier Unterseebooten Ausbesserungsarbeiten durchführen, haben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter wollten zuerst an Bord der Schiffe bleiben und sie nach bekanntem Vorbild „besetzen“. Später entschlossen sie sich aber, zwei in der Nähe der Werft liegende Hallen zu besetzen, dort die rote Fahne zu hissen und hier die Erfüllung ihrer Forderungen abzuwarten.

Streik-Ende in Marseille?

Der Seemannsstreik in Marseille kann als beendet angesehen werden, wenn keine neuen Schwierigkeiten auftauchen. Am Mittwochabend fand eine Verhandlung des Ministerpräsidenten und des Unterstaatssekretärs für die Handelsmarine mit einer Abordnung der Streikenden statt. Noch während ihres Verlaufes traf ein Telegramm ein, wonach die Reeder sämtliche Forderungen der Seeleute annehmen. Daraufhin setzte sich der Ministerpräsident bei der Abordnung persönlich für sofortige Arbeitsaufnahme ein. In der ersten Stunde des Donnerstags ertönten dann von sämtlichen Schiffen im Marseiller Hafen eine Viertelstunde lang die Sirenen, um der Bevölkerung von Marseille den „Sieg“ der streikenden Matrosen zu verkünden.

Wie inzwischen bekannt wird, hat der Streik der Marseiller Matrosen sich besonders für die Insel Korsika zu einer Gefahr für die öffentliche Gesundheit ausgewirkt, da durch das erzwungene Nüchtern des Schiffahrtsverkehrs keine Medikamente mehr dorthin verschickt werden konnten. Ebenfalls ist für Algerien die Stockung im Handelsverkehr mit dem französischen Mutterlande von weitreichender Bedeutung, wie aus einem dringenden

Appell der dortigen Unternehmerverbände an die Regierung hervorgeht.

Die Handelskammern werden vorstellig

Das Andauern der Streikbewegung — in ganz Frankreich werden noch fast 200 000 Streikende gezählt — hat in den französischen Wirtschaftskreisen stärkste Benunruhigung hervorgerufen. Der Vorstandsausschuß der französischen Handelskammern hat in einer Besprechung dem Ministerpräsidenten Leon Blum die Befürchtungen des Handels und der Industrie wegen der durch die Fortführung des Streiks und der Besetzung zahlreicher Fabriken drohenden Gefahren unterbreitet. Der Vorstandsausschuß der Handelskammern Frankreichs ersuchte weiterhin den Ministerpräsidenten um sofortige Maßnahmen zum Schutz des Binnenmarktes. Auch auf den Schiffahrtsstreik in Marseille wurde hingewiesen. Ministerpräsident Blum soll versichert haben, daß er die klare Überzeugung einer fortschreitenden Beruhigung der Lage habe, und daß in Zukunft keine Besetzung von Fabriken mehr geduldet werden würde.

Sowjetrussische Offiziere in der Tschechoslowakei

Aufschlußreiche Warschauer Enthüllungen

Warschau, 25. Juni. Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ befaßt sich in einem Artikel mit der schon wiederholt gemeldeten Tatsache, daß die Tschechoslowakei sich auf die Operationen der Armee der Sowjetunion zu bilden. Die Darlegungen des polnischen Blattes werden mit verschiedenen Einzelheiten belegt. Namen, Dienstgrad und Formation sowie das Standortquartier der einzelnen in der Tschechoslowakei befindlichen Sowjetoffiziere werden genau angegeben.

Allein im Mai d. J. schreibt das Blatt, seien 48 Sowjetoffiziere in Mährisch-Odrau und in Nitra eingetroffen, von denen vier der Prager Kriegsschule zugeteilt wurden, während die anderen Flieger- und Nachrichtenformationen zugewiesen wurden. Das Blatt schreibt weiter:

Daß in der Tschechoslowakei eine große Spionageorganisation der Sowjetunion aufgezogen wurde, die ihre Tätigkeit auch auf Polen erstreckt.

Das polnische Blatt stellt weiter fest, daß die Tschechoslowakei als Operationsbasis für Moskau nach zwei Richtungen diene: a) als Stützstelle der sowjetrussischen Aufrüstung und der russischen Expansion, die sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen richtet, b) als starke Organisationsbasis für die Tätigkeit der Komintern in Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Österreich und teilweise auch in Deutschland. Man müsse sich die Frage stellen, was die Tschechoslowakei für Ziele verfolge, da im Zusammenhang mit diesen unbestreitbaren Tatsachen auch in der Tschechoslowakei namentlich unter dem Militär sich eine starke kommunistische Propaganda bemerkbar mache. Der tschechischen Öffentlichkeit werde von amtlicher Seite gesagt, daß die Zusammenarbeit mit den Sowjetoffizieren sozusagen auf Wunsch Frankreichs geschehe. Angeblich soll der französische General Speis gut dem Verteidigungsministerium zu verstehen gegeben haben, daß der französische Generalstab es gerne sehen würde, wenn Offiziere der Roten Armee bei den tschechischen Fliegertruppen als Instrukteure eingestellt würden.

Selbsttäuschung in Prag

Im Auswärtigen Ausschuss des Prager Abgeordnetenhauses beantwortete Außenminister Dr. Krofta in der Aussprache über seine letzte außenpolitische Rede die geäußerten Anfragen und Einwände. Auf einige Bedenken hinsichtlich möglicher ungünstiger Folgen des Freundschaftsverhältnisses der Tschechoslowakei zu Sowjetrußland erwiderte der Minister, daß die tschechoslowakische Außenpolitik, obwohl sie aus ihrer Gegnerschaft gegen den Bolschewismus niemals ein Hehl gemacht habe, die Furcht vor einer bolschewistischen Gefahr nicht befürchten, so erklärte Dr. Krofta, geschieht das nicht aus einer Begeisterung für den Bolschewismus sondern aus unklarem

Verstaatlichung der Kriegsindustrie

Der französische Kabinettsrat hat einen vom Landesverteidigungsminister eingebrachten Gesetzesentwurf gebilligt, der die Verstaatlichung der Kriegsindustrie vorsieht. Der Ministerpräsident wurde ermächtigt, einen Gesetzesentwurf zur Eröffnung von Krediten für öffentliche Arbeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ausrüstung Frankreichs vorzulegen. Außerdem plant der Kabinettsrat Maßnahmen zur Bekämpfung der Preissteigerung.

Auf Vorschlag des Ministers für Landesverteidigung, Daladier, hat der Kabinettsrat beschlossen, vom Parlament die notwendigen Kredite anzufordern, um eine Verdoppelung der Löhnung der Soldaten und der Matrosen der Kriegsmarine zu ermöglichen und um die Aufwendungen für die Verpflegung in der Armee und in der Flotte zu erhöhen. Die Löhnung betrug bisher täglich nur 25 Centimes (etwa 4 Pfennig). Rünftig werden die Soldaten also 50 Centimes (8 1/2 Pfennig) täglich erhalten.

festen Glauben an die unüberwindliche innere Stärke unseres eigenen Regimes.

Auch auf das Verhältnis zu Polen ging der Minister ein. In der Aussprache sei erklärt worden, daß kein polnischer Regierungsfaktor je eine Erklärung abgegeben habe, aus der sich schließen ließe, daß der polnischen Außenpolitik Pläne zur Aufteilung der Tschechoslowakei nicht fremd seien; das genüge aber nicht. Wir vermessen vielmehr, erklärte Dr. Krofta ausdrücklich, daß bisher kein für die polnische Politik verantwortlicher Regierungsfaktor sich entschieden und klar gegen diese Pläne ausgesprochen hat.

Auf die Anfrage eines Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei über eine Neutralisierung der Tschechoslowakei nach schweizerischem Muster erklärte der Minister: Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß eine neutralisierte Tschechoslowakei, die sich die Möglichkeit einer entsprechenden Landesverteidigung verschert hätte in kurzer Zeit ein Zankapfel in Europa würde. Dem Frieden in Europa, erklärte Dr. Krofta, werden wir am besten dadurch dienen, wenn wir die bisherige Politik fortsetzen und unsere Verteidigung gewissenhaft ausbauen.

Henleins Zeitung verboten

Die „Rundschau, Sudetendeutsche Wochenzeitung“, herausgegeben von Conrad Henlein, wurde am Donnerstag auf sechs Monate verboten. Die Verfügung erfolgte auf Grund des tschechoslowakischen Republiksschutzgesetzes; nach den gesetzlichen Vorschriften gibt es dagegen kein Rechtsmittel. Die „Rundschau“ enthält die parteiamtlichen Verlautbarungen der Sudetendeutschen Partei.

Politische Rundschau

Sudetendeutsche Realschule abgebaut. Die deutsche Staatsrealschule in Mährisch-Odrau soll entsprechend einem Auftrage des Prager Unterrichtsministeriums beginnend mit dem Schuljahr 1936/37 nach und nach abgebaut werden, so daß im Jahre 1940 die Anstalt nach 59jährigem Bestehen ihre Pforten schließen wird. Die Realschule ist die einzige Schule dieser Art für das Sudetendeutschtum im gesamten nordmährisch-schlesischen Industriegebiet.

Das neue polnische Vollmachtsgesetz angenommen. Der polnische Senat hat das neue Vollmachtsgesetz für den Staatspräsidenten ebenso wie vor einigen Tagen der Sejm mit allen Stimmen gegen die Stimmen der jüdischen Minderheit angenommen.

